

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Wie Politik von Bürgern lernen kann

Potenziale politikbezogener Gesellschaftsberatung

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 7 |
| Politik braucht Gesellschaft – der Bürger als politischer Berater | 11 |
| <i>Stefan Collet, Christina Tillmann, Dominic Schwickert</i> | |
| Grundverständnis und Potenziale politikbezogener Gesellschaftsberatung | 32 |
| <i>Henrik Schober, Andrea Römmele</i> | |
| Gesellschaftsberatung in der Parteiendemokratie – Herausforderungen, Risiken und Potenziale | 62 |
| <i>Timo Grunden, Karl-Rudolf Korte</i> | |
| Gesellschaftsberatung für eine bessere Politik – eine Einschätzung aus der politischen Praxis | 97 |
| <i>Vito Cecere</i> | |
| Beteiligung kommt vor Beratung – Eindrücke, Einsichten und Erfahrungen aus dem BürgerForum | 105 |
| <i>Dominik Hierlemann, Anna Wohlfarth, Lars Thies</i> | |
| Führungsressourcen neu entdecken – Leadership und Gesellschaftsberatung im Kontext von Öffentlichkeit | 115 |
| <i>Manuela Glaab</i> | |
| Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – das Internet als Medium für Gesellschaftsberatung | 139 |
| <i>Leonard Novy, Andrea Kuhn</i> | |

| | |
|---|-----|
| Wirkung von Gesellschaftsberatung – Potenziale, Grenzen und Evaluationsmöglichkeiten | 167 |
| <i>Martin Thunert</i> | |
| Der Bürger als neuer Akteur der Politikberatung – Schlussfolgerungen und Erfolgsfaktoren | 200 |
| <i>Stefan Collet, Christina Tillmann, Dominic Schwickert</i> | |
| Autorinnen und Autoren | 215 |

Vorwort

Ob Stuttgart 21, Castortransport oder die Hamburger Schulreform – mit allen drei Schlagwörtern ist vor allem eine Erkenntnis verbunden: Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an politische Teilhabe ist in den letzten Jahren nicht gesunken, sie ist vielmehr so hoch wie selten zuvor. Dies lässt sich trotz Mitgliederschwund der Parteien und stark sinkender Wahlbeteiligung nicht nur an aktuellen politischen Auseinandersetzungen ablesen, sondern auch empirisch anhand zahlreicher Studien wie beispielsweise dem Freiwilligensurvey belegen. Zurückzuführen sind diese gestiegenen Beteiligungswünsche sicher nicht zuletzt auf die fortschreitende Ausdifferenzierung der Gesellschaft sowie neue Kommunikationstechnologien wie das Internet, die das kollektive politische Bewusstsein der Bürger¹ grundlegend verändert haben: Statt einer auf Lebenszeit angelegten Mitgliedschaft in einer Partei sucht der oder die Einzelne heutzutage eher flexible, themenbezogene und temporäre Formen des politischen Engagements.

Parallel zu diesen veränderten Mitgestaltungsansprüchen nimmt die Interdependenz und Vielschichtigkeit von gesellschaftspolitischen Herausforderungen in einer vernetzten und immer komplexeren Wissensgesellschaft kontinuierlich zu. Nachhaltige Politikgestaltung braucht daher mehr denn je den Zugriff auf dezentrale Informations- und Wissensquellen, die unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungshintergründe reflektieren und wertvolles politisches Problemlösungswissen bereithalten. Will die Politik die Menschen erreichen und überzeugende Antworten auf die drängenden Probleme finden, muss

1 In dieser Publikation verwenden wir nicht durchgängig eine geschlechtergerechte Sprache. Mit »Bürger«, »Politiker«, »Experte« etc. sind immer auch Frauen gemeint.

sie also die geänderten Teilhabebedürfnisse berücksichtigen und neue, kollaborative Formen der Problemlösungssuche in den politischen Prozess integrieren.

Eine Möglichkeit, diese beiden Anforderungen moderner demokratischer Politikgestaltung in Einklang zu bringen, bietet die politikbezogene Gesellschaftsberatung. Als Ergänzung zur klassischen, expertenbasierten Politikberatung tritt bei dieser Form der Bürger als Berater der Politik auf. Er unterstützt dabei die politischen Akteure bei der Identifizierung von politischen Herausforderungen, der Abwägung von Lösungsalternativen sowie der Suche nach geeigneten Maßnahmen. Sinn und Zweck dieser organisierten Diskurse zwischen Politik und Gesellschaft ist also nicht, kollektiv verbindliche Entscheidungen zu fällen; dies obliegt laut Grundgesetz in unserer repräsentativen Demokratie dem gewählten Politiker. Die Einbindung des Bürgers oder der Bürgerin zielt vielmehr darauf ab, die Entscheidungsfindung zu erleichtern und im Idealfall sowohl die Akzeptanz als auch die Ergebnisqualität von politischen Entscheidungen zu erhöhen.

Doch wie kann Gesellschaftsberatung mit all seinen Facetten überhaupt konzeptualisiert und von klassischer Politikberatung abgegrenzt werden? Welche Voraussetzungen sind nötig, damit in der Gesellschaft vorhandenes politikrelevantes Wissen effektiv in den politischen Prozess eingebracht werden kann und sich die Legitimation getroffener Entscheidungen auch wirklich erhöht? Lässt sich mit den bisherigen Erfahrungen ein entsprechender Mehrwert deliberativer Beteiligungsverfahren überhaupt nachweisen? Und schließlich: Was bedeuten die zahlreichen neuen Bürgerbeteiligungsverfahren für die Arbeit von Parteien und Regierungen sowie für unsere Demokratie im Ganzen?

Die Bertelsmann Stiftung hat im Nachgang zu der Politikberatungskonferenz »Von der Beraterrepublik zur gut beratenen Republik« am 28./29. Januar 2009 in Berlin eine Arbeitsgruppe mit ausgewiesenen Fachleuten aus Wissenschaft, Politik, Beratung und Zivilgesellschaft ins Leben gerufen, um sich aus unterschiedlichen Perspektiven eingehender mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Im vorliegenden Sammelband sind die wesentlichen Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses zusammengeführt. Der Band soll den Begriff Gesellschaftsberatung konzeptionell weiter schärfen sowie einen umfassenden Überblick über Potenziale und Erfolgsbedingungen de-

liberativer Beteiligungsformate für Politik und Gesellschaft liefern; dazu wird neben einer theoriebasierten Betrachtungsweise in einigen Beiträgen auch explizit die Akteursperspektive eingenommen. Darüber hinaus werden konkrete Vorschläge für die praktische Umsetzung von Beteiligungsverfahren herausgearbeitet. Hier kommen auch ehemalige Teilnehmende des BürgerForums, eines von der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit der Heinz Nixdorf Stiftung entwickelten und groß angelegten Bürgerbeteiligungsverfahrens, mit ihren persönlichen Eindrücken und Erfahrungen zu Wort.

Herzlich bedanken möchten wir uns bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Gesellschaftsberatung für die produktive Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung dieses neuen Beratungsansatzes. Unser besonderer Dank gilt den Autorinnen und Autoren dieses Sammelbandes, die sich der großen Herausforderung gestellt haben, wesentliche Arbeitsergebnisse auf Grundlage von teils sehr kontroversen Diskussionsbeiträgen zu bündeln. Sie haben die Realisierung dieses Buchprojekts erst möglich gemacht.

Christina Tillmann
Dominic Schwickert
Stefan Collet

Politik braucht Gesellschaft – der Bürger als politischer Berater

Stefan Collet, Christina Tillmann, Dominic Schwickert

Politik braucht Beratung und guter Rat ist teuer. Politikberatung ist daher längst zum boomenden und lukrativen Geschäft in Deutschland geworden. Gleichzeitig jedoch befindet sich Politik wie Politikberatung in der Vertrauenskrise: Fehlende Transparenz und mangelnde Ergebnisqualität politischer Entscheidungen führen zu Akzeptanzverlusten aufseiten der Bürger – unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten keine unproblematische Entwicklung. Zur Verringerung dieser Defizite kann die politikbezogene Gesellschaftsberatung eine sinnvolle Ergänzung zu klassischen Formen rein expertenbasierter Politikberatung sein. Sie rückt den »einfachen« Bürger in den Vordergrund und versucht, seine Expertise für die Politik nutzbar zu machen. Dieser Einleitungsbeitrag ist ein erster Streifzug durch das weite Feld der politikbezogenen Gesellschaftsberatung und umreißt den groben Rahmen dieses Bandes.

Politikgestaltung ist ein komplexes Unterfangen, das seinen Akteuren hohe Managementqualitäten abverlangt. Unter meist knappen zeitlichen Kapazitäten müssen politische Vorhaben formuliert und vielfältige Akteurskonstellationen und -interessen analysiert, berücksichtigt und ausgeglichen werden, ohne dass dabei anvisierte politische Ziele aus den Augen verloren werden dürfen. Schnelle Auffassungsgabe, konzeptionelle Fähigkeiten und strategisches Denken gehören daher ebenso zum Anforderungsprofil eines erfolgreichen Politikers wie geschulte politische Instinkte und ein Gespür für die vorhandenen Kräfteverhältnisse. Gleichzeitig wird in einer modernen Demokratie erwartet, dass sich die Politik bürgernah präsentiert und ein offenes Ohr für die Sorgen und Belange der Bevölkerung hat – wie die Auseinandersetzung um das umstrittene Großprojekt Stuttgart 21 sehr deutlich zeigt. Ausgeprägte Kommunikations- und Moderationsfertigkeiten stellen deshalb Kernkompetenzen eines Poli-

kers dar, der sich bei der Politikgestaltung mit zunehmender Komplexität konfrontiert sieht.

So üben die geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einen wachsenden Druck auf politische Entscheidungsträger aus: Der Wandel sozialer Normen, die Fragmentierung der Gesellschaft in einzelne Subsysteme, neue Technologien sowie grenzüberschreitende Herausforderungen wie globale ökonomische und ökologische Krisen, die europäische Integration oder der demographische Wandel engen die politischen Handlungsspielräume immer mehr ein. Gleichzeitig nehmen die Interdependenzen von Problemstellungen und die Zahl der für die politische Problemlösungsfindung relevanten Akteure in einer vielfach vernetzten, pluralistischen Welt kontinuierlich zu.

Schließlich wird der politische Raum durch die oft monierte »Medialisierung der Politik« mehr denn je von Print, Funk, Fernsehen und Internet durchdrungen. Wir erleben, dass die Massenmedien häufig selbst als politische Akteure agieren, Einfluss nehmen und die Politik enorm unter Druck setzen können (jüngstes Beispiel ist das mediale Trommelfeuer zur Migrationsdebatte um das Buch »Deutschland schafft sich ab« von Thilo Sarrazin). Der Politik bleibt in diesem hektischen Umfeld aus täglich mehrkanaliger Berichterstattung oft nur eine reaktive Rolle, in der sie medialen Skandalisierungsversuchen begegnen oder sich im konkurrenzintensiven massenmedialen Aufmerksamkeitsmarkt selbst in Szene setzen muss (vgl. Sarci-nelli 2008 und 2009).

»Beraterrepublik« Deutschland

In diesem Geflecht aus Unsicherheit, Problemlösungserwartungen und Mediendruck ist die Politik zunehmend auf expertenbasiertes Orientierungswissen angewiesen. Die Ministerialbürokratie kann diese Orientierung angesichts weitreichender Ressourcenengpässe allein nicht (mehr) leisten (vgl. Schwickert 2010). In praktisch jedem Bereich bietet daher mittlerweile eine zunehmend professionalisierte Politikberatungsbranche ihre Dienste an und verspricht dem politischen Führungspersonal einen Überblick über Handlungsoptionen in allen relevanten inhaltlichen, kommunikativen und strategischen Fragen – ob in einem spezifischen Politikfeld, bei der internetbasier-

ten bzw. analogen Politikvermittlung oder im Change Management der eigenen Organisation. Die Auftragnehmer sind keineswegs ausschließlich im universitären Spektrum und in akademischen Think-tanks zu finden. Vielmehr ist seit den frühen 90er Jahren ein dynamischer und wachsender Politikberatungsmarkt entstanden, der größtenteils nicht- bzw. semiwissenschaftliche Einrichtungen wie Stiftungen, kommerzielle Forschungsinstitute, Lobbyverbände sowie PR-Agenturen umfasst (vgl. Siefken 2007; Kloten 2006).

Die Politik bedient sich dieser wissenschaftlichen und kommerziellen Beratungsangebote immer häufiger, was auch Kritiker auf den Plan rief: So hat die wissenschaftliche Politikberatung beispielsweise durch die zunehmende Zahl von Regierungskommissionen seit den »rot-grünen« Regierungsjahren nicht nur an Salonfähigkeit gewonnen, sondern sich zugleich den Ruf einer unzureichend legitimierten Entscheidungsverlagerung in exklusive Expertenzirkel eingehandelt. Auch die Nachfrage nach kommerzieller Politikberatung ist in den letzten Jahren, besonders seit dem Regierungsumzug von Bonn nach Berlin, enorm gestiegen. Dies zeigt nicht zuletzt der starke Zuwachs an Kommunikationsagenturen, Meinungsforschungsinstituten und persönlichen Medienberatern in der Hauptstadt (vgl. Falk et al. 2006), auf den einige Publizisten die zunehmende Inszenierung, Dramaturgisierung und »Eventisierung« des Politischen auf Kosten von Inhalt und Langfristigkeit zurückführen.

Auch die Einbindung von Unternehmensberatungen und Anwaltskanzleien in der Politikformulierungsphase (im Jahr 2009 z.B. die Erarbeitung eines finanzpolitischen Gesetzesentwurfs durch die private Anwaltskanzlei Linklaters) wurde in der öffentlichen Debatte immer wieder als »Kommerzialisierung politischer Kernbereiche« und »Steuerverschwendung« angeprangert. Als Folge dieses boomenden und lukrativen Beratungsgeschäfts ist vielerorts pejorativ von der »Beraterrepublik« die Rede, die nicht zwangsläufig mit einer »gut beratenen Republik« gleichzusetzen ist (vgl. Novy, Schwickert und Fischer 2008).

Autorinnen und Autoren



Vito Cecere

Vito Cecere ist seit 2010 Referatsleiter in der Abteilung für Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt. Zuvor war er von 2005 bis 2010 für politische Planung und für die Bund-Länder-Koordinierung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales verantwortlich sowie im Koordinierungsstab des Auswärtigen Amtes tätig. Von 2004 bis 2005 leitete er die Planungsgruppe beim Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Münterfering. Darüber hinaus war er von 2005 bis 2007 als Lehrbeauftragter am Deutschen Institut für Public Affairs beschäftigt. Vito Cecere ist Mitherausgeber des Standardwerkes »Kampagne 2«, das sich mit dem Themenkomplex politische Kommunikation im Wahlkampf auseinandersetzt.



Stefan Collet

Stefan Collet arbeitet als Research Associate an der Hertie School of Governance zum Thema Politikberatung. Von 2009 bis 2010 war er im Projekt »Optimierung politischer Reformprozesse« der Bertelsmann Stiftung tätig und wirkte u. a. an der Konzeption des Folgeprojektes »Politik gemeinsam gestalten« und des Reinhard Mohn Preises 2011 zum Thema »Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken« mit. Stefan Collet studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg und der

Stellenbosch University South Africa. Er ist Mitinitiator des mehrfach preisgekrönten Politjournals »360°«.



Dr. Manuela Glaab

Manuela Glaab studierte zwischen 1986 und 1992 Politikwissenschaft, Publizistik sowie Mittlere und Neuere Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Ihre Promotion schloss sie 1998 mit einer Arbeit über den Einstellungswandel der Bundesbürger zur deutschen Frage an der Ludwig-Maximilians-Universität München ab. Dort lehrt sie als Akademische Oberrätin am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, schwerpunktmäßig zu Fragen des modernen Regierens, des Political Leadership und der vergleichenden Systemforschung. Seit August 2000 leitet sie außerdem die Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P) in München. Neben Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Duisburg-Essen und Heidelberg sowie an der Willy Brandt School of Public Policy der Universität Erfurt unterrichtete sie als Gastprofessorin an der Tel Aviv University.



Dr. Timo Grunden

Timo Grunden studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Medienwissenschaften an den Universitäten Marburg, Prag und Duisburg. Er wurde 2008 an der Universität Duisburg-Essen mit einer Studie zu Einfluss und Funktion der persönlichen Berater deutscher Ministerpräsidenten promoviert. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen das Regieren im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, informelle Institutionen und Entscheidungsprozesse in politischen Organisationen, die politische Führungs- sowie die Parteienforschung. Er ist stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Regieren und seit 2009 Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.



Dr. Dominik Hierlemann

Dominik Hierlemann studierte Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz und am Institut d'études politiques in Aix-en-Provence. Nach seinem Abschluss hatte er einen zweijährigen Forschungsaufenthalt in Krakau mit einem Stipendium der Stiftung der Deutschen Wirtschaft. Er promovierte an der Universität Konstanz zum »Lobbying der katholischen Kirche in Polen« auf der Grundlage von mehr als 40 Gesprächen mit polnischen Spitzenpolitikern und Bischöfen. Seit 2004 arbeitet er im Europaprogramm der Bertelsmann Stiftung. Er war zuständig für politische Strategieforen und Fragen der institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Union. Neben Fachartikeln über die EU schrieb er Gastkommentare für die Financial Times Deutschland, die »Welt« und die FAZ. Hierlemann ist Herausgeber des monatlichen »spotlight europe« der Bertelsmann Stiftung und leitet als Senior Project Manager das Projekt BürgerForum.



Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Karl-Rudolf Korte studierte in Mainz und Tübingen. Nach dem Staatsexamen wurde er 1988 an der Universität Mainz promoviert. 1997 folgte die Habilitation im Fach Politische Wissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Nach Vertretungsprofessuren in Trier, Köln, München und Duisburg ist er seit 2002 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen im Fachgebiet »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien«. Er leitet dort die Forschungsgruppe Regieren und ist der Direktor der NRW School of Governance. Als Dekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften ist er zudem seit April 2010 tätig. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen das politische System der Bundesrepublik Deutschland sowie die Regierungs-, Parteien- und Wahlforschung. Er ist geschäftsführender Herausgeber der »Zeitschrift für Politikwissenschaft« und Herausgeber des Wissenschafts-onlinemagazins »Regierungsforschung.de«.



Andrea Kuhn

Andrea Kuhn ist seit 2008 Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung. Von 2008 bis 2010 betreute sie die Projekte »Sustainable Governance Indicators (SGI)«, »Benchmarking Deutschland« und »International Reform Monitor«. Derzeit arbeitet sie an einem Projekt zur Zukunft der sozialen Marktwirtschaft. Sie studierte Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität zu Köln und an der Karlsuniversität Prag. Sie beschäftigt sich

mit zentralen Fragestellungen in den Bereichen Good Governance und Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.



Dr. Leonard Novy

Leonard Novy ist Publizist und Fellow beim Berliner Thinktank »Stiftung Neue Verantwortung«. Im Jahr 2009 war er Leiter Gesprächsformate bei der AVE, Gesellschaft für Fernsehproduktion. Von 2006 bis 2009 leitete er bei der Bertelsmann Stiftung zwei Projekte zur Global Governance. Er absolvierte ein Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Humboldt Universität, der University of Cambridge (Promotion) und der Harvard University (Fellowship).

Wissenschaftlich (u. a. als Gastdozent an der Hertie School of Governance, Berlin, und der Zeppelin Universität) wie journalistisch beschäftigt er sich intensiv mit internationaler Politik, politischer Kommunikation und dem Einfluss des Internets auf Politik und Journalismus, zuletzt als Herausgeber des Sammelbands »Lernen von Obama? Das Internet als Ressource und Risiko für die Politik« (2009).



Prof. Dr. Andrea Römmele

Andrea Römmele ist Professorin für Communication in Politics and Civil Society an der Hertie School of Governance in Berlin. Sie hat an der Universität Heidelberg und an der University of California, Berkeley, USA studiert. Nach ihrer Habilitation an der Freien Universität Berlin war sie zunächst Projektleiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim und im Anschluss daran Professorin und Programmleiterin des Bachelors of Communication Management der International University in Bruchsal. Sie ist Gründerin und Mitherausgeberin der »Zeitschrift für Politikberatung«. Ihre Forschungsgebiete liegen im Bereich der empirisch vergleichenden politischen Kommunikationsforschung sowie in der Parteienforschung.



Henrik Schober

Henrik Schober ist Chefredakteur der »Zeitschrift für Politikberatung«. Er hat an der Universität Heidelberg Politische Wissenschaft und Soziologie studiert und arbeitet am Lehrstuhl für Communication in Politics and Civil Society an der Hertie School of Governance in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen Politik- und Gesellschaftsberatung sowie politische Kommunikations- und Partizipationsforschung, zudem schreibt er für das Expertenblog »Politik nach Zahlen« auf ZEITonline.



Dominic Schwickert

Dominic Schwickert arbeitet für IFOK, eine der marktführenden Kommunikations- und Strategieberatungen zum Thema Beteiligung, und ist Associate beim Berliner Thinktank »Stiftung Neue Verantwortung«. Er studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Wirtschaftspolitik an den Universitäten Münster und Santa Barbara, USA. Seit April 2010 ist Schwickert Mitglied im Wissenschaftlichen

Beirat des Progressiven Zentrums und lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster zu politischer Strategie, Kommunikation und Beratung. Schwickert ist Co-Herausgeber des Sammelbands »Lernen von Obama? Das Internet als Ressource und Risiko für die Politik« (2009) und Autor des Buches »Strategieberatung im Zentrum der Macht. Strategische Planer in deutschen Regierungszentralen« (2010).



Lars Thies

Lars Thies studierte Politikwissenschaft und Philosophie auf Diplom mit den Schwerpunkten internationale Politik und Regierungslehre der Bundesrepublik Deutschland an der Universität Hamburg. Dort arbeitete er auch als studentische Hilfskraft sowie als Tutor und war von 2004 bis 2008 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung. Er absolvierte ein Praktikum bei der Global

Environment Facility in Washington D.C. und arbeitet zurzeit als Projektmanager im Europa-Programm der Bertelsmann Stiftung an der Umsetzung des Projektes BürgerForum 2011.



Dr. phil. habil. Martin Thunert

Martin Thunert ist seit 2007 Forschungsdozent für Politikwissenschaft am Heidelberg Center for American Studies der Universität Heidelberg. Davor lehrte er vier Jahre an der University of Michigan, Ann Arbor, USA. Er studierte Politikwissenschaft, Anglistik und Philosophie an den Universitäten Frankfurt, Tübingen und Glasgow. Nach einem Postgraduiertenstudium in Kanada promovierte er

an der Universität Augsburg mit einer Arbeit zur kanadischen Verfassungspolitik. Nach Stationen an der Freien Universität Berlin und der Harvard University habilitierte er sich an der Universität Hamburg mit einer Arbeit zur Rolle von Thinktanks in der Politikberatung westlicher Staaten. Martin Thunert ist Mitgründer und Miterausgeber der seit 2008 vierteljährlich erscheinenden »Zeitschrift für Politikberatung« (ZPB).



Christina Tillmann

Christina Tillmann arbeitet seit 2008 bei der Bertelsmann Stiftung und leitete dort das Projekt »Optimierung politischer Reformprozesse« (bis 2010), das in das Projekt »Politik gemeinsam gestalten« übergegangen ist. Zusätzlich leitet sie die Arbeiten zum Reinhard Mohn Preis 2011 »Demokratie vitalisieren – politische Teilhabe stärken«. Sie studierte an der Universität Münster Politikwissenschaften, Öffentliches Recht und Englisch sowie

Verwaltungswissenschaften an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Vor ihrer Tätigkeit in der Bertelsmann Stiftung führte sie zahlreiche Beratungsprojekte in der öffentlichen Verwaltung im Bereich Strategie sowie strategischer und betriebswirtschaftlicher Steuerung durch.



Anna Wohlfarth

Anna Wohlfarth studierte Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien auf Diplom an der Universität Passau, Politikwissenschaft am Sciences PO (IEP) Toulouse (Certificat d'Études Politiques) und hält einen Master in European Public Affairs der Universität Maastricht. Seit 2007 arbeitet sie als Projektmanagerin des Projekts BürgerForum im Europa-Programm der Bertelsmann Stiftung. Thematische Schwerpunkte ihrer Arbeit: neue Formen der

nationalen und internationalen Bürgerbeteiligung, demokratische Potenziale der Internettechnologie sowie E-Democracy.